Nummer 114

Mit Kurszettel | Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Bongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. | 71. Jahrgang | Dienstag, 9. März 1926

Man läßt uns weiter antichambrieren.

Noch immer keine Verständigung in Genf in Sicht.

Sowohl in Paris wie in Genf kommen die Diplomaten und Politiker nicht vorwärts. In der französischen Hauptstadt sieht man noch keine brauchbare Lösung der Regierungskrisis und in der Völkerbundsstadt übt die Franzosenpartei eine Verzögerungstaktik mit der Absicht und der Hoffnung, den Widerstand der Deutschen zu zermürben. Die französische Regierungskrisis erleichtert diese Taktik. Die offiziösen deutschen Erklärungen versichern demgegenüber, daß Luther von seinem in Hamburg bekanntgegebenen Standpunkt nicht abgehen wird. Trotz der Anwesenheit Briands ist jedenfalls der politische Kampf hinter den Genfer Kulissen in vollem Gange, ohne daß sich irgendeiner der Beteiligten einer solchen Verhöhnung des Geistes von Locarno schämte. In Deutschland wird aber das Unwürdige dieses Zustandes mit jeder Stunde bitterer empfunden.

Von den seit unserer vorigen Ausgabe eingetroffenen Nachrichten verzeichnen wir die folgenden:

TU **Paris**, 9. März.

Die Berichte der Pariser Presse über die Verhandlungen in Genf gehen davon aus, daß die Entwicklung einzig und allein von der Lösung der französischen Ministerkrise beherrscht werde. Der „Matin" glaubt, **die deutsche Delegation fühle sich ermutigt, weil sie auf ihren Plan in der Völkerbundsversammlung und im Völkerbundsrat warten müsse.** Wenn dieser Zustand anhalte, werde die Stimmung langsam nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt unerträglich werden. Die Haltung der beteiligten Länder sei unverändert. Polen zeige starken Widerstand gegen jede Kompromißlösung. Wenn Frankreich nicht heute oder morgen einen entscheidenden Anteil an der Lösung des Problems nehmen könne, werde es im Gegensatz zum Geist des Völkerbundes und zum Geist von Locarno Sieger und Besiegte geben. In dem mystischen Vertrauen auf den Sicherheitspakt hätten die Siegerstaaten die elementarsten Vorsichtsmaßregeln vernachlässigt. Sie hätten nicht 48 Staaten nach Genf rufen dürfen, ehe die Sicherheit für eine Einigung bestand.

Europa balle sich erneut in feindliche Lager zusammen.

Frankreich allein könne die Rückkehr Europas zu einem latenten Kriegszustand verhindern. Die Frage des Weltfriedens sei wichtiger als die Frage der Stempelsteuer. „Petit Journal" ist der Ansicht, daß der deutsche Vorschlag, wonach die übrigen Kandidaturen erst im September geprüft werden sollen, von Frankreich unter der Bedingung angenommen werden können, daß Spanien, Brasilien und Polen sich ihm anschlössen und daß Deutschland sich schriftlich verpflichte, den dreiständigen Kandidaturen später keine Opposition zu bereiten. (!) Leider spreche weder die Haltung der deutschen Delegation noch die der deutschen Oeffentlichkeit dafür, daß eine solche Kompromißlösung möglich sei. Im „Echo de Paris" vertritt Pertinax die Ansicht, es gebe nicht nur ein deutsches non possumus, sondern auch ein spanisches, schwedisches, belgisches und polnisches non possumus. Die Schweden seien deutscher als die Deutschen. Belgien habe sich im geheimen gegen die spanische Kandidatur ausgesprochen, weil es fürchte, daß es dadurch aus dem Völkerbundsrat verdrängt werde. „Petit Parisien" weist darauf hin, mit welcher Ungeduld man in Genf Briands Rückkehr erwarte, um aus dem Engpaß, in den man geraten ist, herauszukommen. Man habe den Eindruck, daß es um so schwieriger werde, der deutschen Delegation den sündigen Ertz zu verzeihen, je länger man sie auf die Stunde der Zulassung warten lasse.

London, 8. März.

„Manchester Guardian" hofft, daß eine etwaige Forderung nach einer Verschiebung der Völkerbundsversammlung verworfen wird, denn es würde kaum erträglich sein, daß man Deutschland an der Türschwelle warten läßt.

Die Vertretung der Kleinen Entente im Völkerbundsrat.

TU **Belgrad**, 9. März.

Wie die „Novosti" meldet, ist auf der Konferenz der Kleinen Entente in Temesvar beschlossen worden, daß in Zukunft die Kleine Entente immer abwechselnd durch ein anderes Mitglied im Völkerbundsrat vertreten sein soll. Nach der Tschechoslowakei soll im Herbst Rumänien und auf der nachfolgenden Tagung des Völkerbundsrates Südslawien gewählt werden.

Die Hoffnung auf Deutschlands Umfall.

London, 9. März.

Mit Ausnahme von „Daily News", deren Genfer Korrespondent sich nach wie vor optimistisch äußert, spiegeln die Genfer Meldungen der Blätter den Ernst der dortigen Lage wider. Der Korrespondent der „Morning Post" sagt, die Lage habe gestern abend der Ruhe vor dem Sturm geglichen. Der Korrespondent des „Daily Chronicle" spricht von einem Waffenstillstand. Als übereinstimmend melden die Blätter, daß die Vertreter der Dominions bei der Konferenz mit Chamberlain sich ausdrücklich gegen die sofortige Zulassung weiterer Staaten außer Deutschland zum Völkerbundsrat ausgesprochen haben.

Den Genfer Korrespondent der „Daily News" schreibt, die Eröffnung der Völkerbundsversammlung habe ein neues und keineswegs geringfügiges Element in die Lage gebracht, nämlich die sichtbare Existenz einer festen und entschlossenen Gruppe kleiner europäischer Staaten, die Schweden ohne Vorbehalt bei seinem Standpunkt hinsichtlich der Behandlung irgendwelcher anderer Gesuche außer des deutschen während der gegenwärtigen Session unterstützen.

Der Genfer Korrespondent des „Daily Chronicle" meldet, bei den Vorbesprechungen sei ein

sehr starker Druck auf Deutschland

ausgeübt worden. Von den Unterzeichnern des Rheinlandpaktes habe sich nur Belgien nicht daran beteiligt. Großbritannien dagegen benutze seinen Einfluß, um den Druck zu verstärken. Auf indirekte Weise sei Deutschland anscheinend zu verstehen gegeben worden, daß ein bestimmter Eigentfeine Zustimmung zu Deutschlands Eintritt verweigern werde, wenn es nicht nachgebe. Demgegenüber aber sei die deutsche Haltung fest. Deutschland werde und könne auch tatsächlich nicht nachgeben.

Der deutsche Standpunkt unverändert!

Die schwedische Delegation wirbt für ihren Standpunkt.

TU **Genf**, 9. März.

Die schwedische Delegation entwickelte am Montag eine sehr lebhafte Tätigkeit, die sie in den Dienstag-Vormittagsstunden fortgesetzt hat. Die Delegation bemüht sich, alle neutralen Staaten und kleineren Völkerbundsmitglieder für ihre Stellungnahme zu gewinnen, die nach wie vor gegen eine Erweiterung des Rates ist. In führenden Kreisen der schwedischen Delegation ist mehrfach die Befürchtung geäußert worden, daß die deutsche Delegation unter dem Druck der in Genf versammelten Mächte letzten Endes doch nachgeben werde. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt von unterrichteter Seite erfährt, bestehe eine Gefahr in dieser Richtung nicht. Auch am Dienstag vormittag wird in Kreisen der deutschen Delegation die Situation als vollkommen unverändert betrachtet. Der deutsche Standpunkt ist heute so fest, wie er vor der Abreise der deutschen Delegation nach Genf gewesen ist.

Heute keine Vollversammlung des Völkerbundes.

TU **Genf**, 9. März.

Heute wird weder eine Sitzung des Rates noch eine der Ausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbunds Vollversammlung des Völkerbundes stattfinden. Am Nachmittag wird lediglich unter Chamberlains Vorsitz der Ausschuß für die Aufnahme Deutschlands zu einer Sitzung zusammentreten, die nur formaler Natur sein wird.

Die praktische Vorbereitung der Revolution.

Die Kampfübungen des Roten Frontkämpfer-Bundes.

Tumultszenen am Friedrichshain.

Gestern abend versuchten Mitglieder des Roten Jungsturms bei einem Umzug durch die Straßen am Petersburger Platz Feuerwerkskörper abzubrennen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden von den Jungstürmlern bedroht und angegriffen, sodaß sie genötigt waren von ihren Gummiknüppeln Gebrauch zu machen. Der Unternehmer Becker wurde von dem Fleischer Walter Duwe aus der Dolziger Straße mit einem Fackelstock derart erheblich verletzt, daß er ins Lazarukrankenhaus überführt werden mußte. Der Polizei gelang es schließlich die Menge zu zerstreuen. Die Haupttäter, der Tischler Fritz Sabotta aus der Eckhardtstraße, ferner der 23jährige Expedient Heinrich Gebelein und Duwe wurden festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert.

*

Derartige Tumultszenen und Zusammenstöße werden vom Roten Frontkämpferbund und seiner Jugendorganisation, dem Roten Jungsturm, jetzt offenbar systematisch herbeigeführt, um dadurch, daß man den Kampf aus dem Versammlungslokal, aus den Parteibureaus und den Zeitungen heraus auf die Straße trägt, die allgemeine Erregung herbeizuführen, die zur Erzwingung der vom Bolschewismus und der Linksbewegung gewollten Katastrophe notwendig ist. Schon gestern hatten wir angedeutet, wie systematisch der Rote Frontkämpferbund arbeitet, um den Anforderungen gewachsen zu sein, die die Partei an ihn stellen wird, wenn sie den Augenblick der Entscheidung für gekommen hält. Man lese nur nächlich in der „Roten Fahne" die Programmankündigungen der einzelnen Abteilungen des Roten Frontkämpferbundes und des Roten Jungsturms. Früher hieß es: Versammlungen zur Schulung bei Kameraden X. Heute heißt es: Antreten 6½ Uhr Bülowplatz zur Demonstration, oder Antreten 6½ Uhr auf „im Reuterplatz, Trommeln und Signalhörner sind mitzubringen. Das Programm eines Tages läßt jeder Abteilungen des Bundes an zehn verschiedenen Punkten der Stadt zur öffentlichen Demonstration antreten. Die Bataillone des Bundes werden auf diese Weise häufig an Demonstrationen und an Zusammenstöße entweder mit Rechtsorganisationen oder mit der Schutzpolizei gewöhnt. Für ihre militärische Disziplin bürgt das von dem Vorsitzenden der Partei, dem Reichstagsabgeordneten Thälmann, selbst herausgegebene Kommandoreglement. Es ist knapp, leicht faßlich und rein militärisch aufgebaut. In dem Einleitung heißt es:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß geordnete eindrucksvolle Aufmärsche größerer Massen von Kameraden nur möglich sind, wenn ein einheitliches Kommandosystem in allen Bezirken und Ortsgruppen durchgeführt wird. Im folgenden geben wir die Kommandos und den Aufbau einer gutorganisierten Kolonne bekannt. Jede Abteilung muß diese üben, jeder Kamerad sie beherrschen. Das Kommando verlangt eine sofortige schnelle und exakte Ausführung."

Dann werden die wichtigsten Kommandos mitgeteilt und erklärt. Die Exerzittorschriften für Antreten, Richtung, Marsch, Laufschritt und Wendungen werden aufgezählt. Besonders wichtig für die Zwecke des Roten Frontkämpferbundes ist das Kapitel „B". „Formierung einer gegliederten Kolonne aus einem losen Menschenschwarm." Wie rein militärisch der Rote Frontkämpferbund auch in diesen Fällen vorgeht, wenn es sich für ihn darum handelt, etwa aus einer großen demonstrierenden Menschenmasse heraus die Kampftruppe rasch in die Hand zu bekommen, geht hervor aus den „Kommandos zur Formierung der Kolonne". Sie lauten:

1. „In Linie antreten... Marsch Marsch!" Alle Kameraden treten der Größe nach in zwei Gliedern an.
2. „Acht — acht!" (wie 1 B).
3. „Augen gerade — aus!"
4. „Abzählen!"

Es wird fortlaufend durchgezählt. Jeder Kamerad wendet beim Nennen seiner Nummer den Kopf nach links. Die Stimme soll nicht übermäßig laut sein. Der letzte Mann meldet, zwei Schritte vortretend, seine Zahl. Der Kommandierende bestimmt die nötigen Gruppen und Zugführer, eventuell auch Kameradschaftsführer.

5. „Zug- und Gruppen (Kameradschafts)führer vor die Front!"

Diese gehen geradeaus, bis sie hinter dem Kommandierenden sind, und sammeln sich fünf Schritte hinter ihm.

6. „Aufrücken!"

Die durch Ausscheiden der Führer entstandenen Lücken werden ausgefüllt.

7. „Zu vieren abzählen!"
8. „In Gruppenkolonne recht schwenkt — marsch!

Alle Gruppen schwenken gleichzeitig mit vier Schritten und stehen still. Flügelmann wird nach rechts genommen, Richtung nach dem schwenkenden Flügelmann. Der Kommandierende bezeichnet ihre Gruppen, Züge und Kameradschaften.

9. „Führer an die Plätze!"

Gruppenführer treten links neben das erste Glied ihrer Gruppe, Zugführer rechts neben das erste Glied ihres Zuges, Kameradschaftsführer vor ihre Kameradschaft."

Wer sich von der praktischen Durchführung dieses Exerzierreglements zur Vorbereitung der neuen Revolution überzeugen will, der braucht sich ja heute abend nur am Bülowplatz, oder vor dem Rathaus in Britz, oder auf dem Opitzplatz, Berliner Straße Ecke Bedenschestraße, einzufinden...

Wir sind gespannt, wie lange der preußische Innenminister Severing noch seine „politischen Kinder" spielen läßt.

Briand oder Herriot?

Die französische Kabinettskrise.

Paris, 9. März.

„Oeuvre" berichtet, daß Briand sich zu weigern scheine, die Kabinettsbildung zu übernehmen; unter diesen Umständen werde wohl noch im Laufe des heutigen Tages Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Herriot könnte am ehesten eine linksgerichtete Regierung bilden. Aber man wisse noch nicht, welche Antwort er geben werde. Er werde jedenfalls sich vorher mit seinen Freunden besprechen. Wenn Herriot ablehnen sollte, werde er vielleicht dem Präsidenten der Republik den Namen eines radikalen Politikers nennen. Es sei jedoch möglich, daß diese Lösung den Präsidenten nicht befriedigen werde, und daß er, wenn Herriot selbst ablehnen sollte, einen letzten Versuch machen werde Briand zur Kabinettsbildung zu veranlassen. Sollte dieser jedoch ablehnen, dann könne ein Mitglied des zurückgetretenen Kabinetts, so de Monzie, den Auftrag erhalten.

Die Verhandlungen des Präsidenten Doumergue.

Paris, 9. März.

Der Präsident der Republik hat heute vormittag seine Beratungen fortgesetzt. Er empfing die Führer der Kammer- und Senatsfraktionen einschließlich der Führer der Opposition, unter anderen die Abgeordneten Flandin, Louis Marin, Bokanowski und Reibel.

TU **Paris**, 9. März.

Die gestrigen Beratungen über die Lösung der Kabinettskrise haben noch kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Die Mehrheit der Morgenblätter spricht allerdings die Vermutung aus, daß Briand heute mit der Kabinettsbildung beauftragt wird. Nur wenige Blätter bezeichnen Herriot als den künftigen Ministerpräsidenten. Bei der Beurteilung der Aussichten Briands geht man davon aus, daß seine Regierung nur über einen Paragraphen des Finanzgesetzes gestürzt sei und daß Briand mit Rücksicht auf die Bedeutung der Genfer Versammlung und auf die Zustimmung, die ihm die Kammer zu den Locarnoverträgen gegeben hat, sein begonnenes Werk zu Ende führen müsse. Die Tatsache, daß fast alle Persönlichkeiten, mit denen Doumergue gestern Besprechungen hatte, zunächst darauf hingewiesen haben, daß Briand allein für die Neubildung des Kabinetts in Frage komme, gibt zu der Erwartung Anlaß, daß Doumergue heute Briand veranlassen wird, seine bisherige Weigerung zurückzunehmen. Er wird deshalb heute morgen Herriot bitten, auf Briand noch einmal in eindringlicher Weise einzuwirken.

Die französische Schreckensherrschaft im Saargebiet.

Von

Dr. Hans Siegfried Weber.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß durch die militärische Besetzung eines Landes auch praktisch die Herrschaftsgewalt darüber errungen wird. Aus diesem Grunde hat der Versailler Vertrag in dem § 30 des Saarstatuts bestimmt, daß in dem einzigen europäischen Mandatslande des Völkerbundes, im Saargebiete, „weder allgemeine Wehrpflicht, noch freiwilliger Heeresdienst besteht. Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet." Im französischen und englischen Text steht „seule une gendarmerie" und „only a local gendarmerie". Diese Worte sind klar und bestimmt gewählt und keiner Auslegung fähig. Seit Bestehen des völkerbündlerischen Regimes unterhält aber Frankreich im Saargebiete eine Truppenmacht. Die Saar-Regierung ihrerseits bedient sich dieses Militärs. Sie hat jahrelang verhindert, daß eine Gendarmerie aus Landeskindern ausgebaut wird, um die Notwendigkeit der Anwesenheit französischer Truppen zu beweisen. **Der Völkerbund aber hat in jeder Hinsicht diesen flagranten Bruch des Versailler Vertrages gutgeheißen und geduldet, daß das völkerbündlerische Saargebiet als französische Kolonie behandelt wird.** Auch nachdem im englischen Unterhause im Mai 1923 einige Abgeordnete Englands die militärische Gewaltherrschaft Frankreichs im Saargebiet angegriffen hatten, verstand es dennoch der Delegierte Englands im Völkerbundsrate, diese Tatsache zu verschleiern oder gar zu beschönigen. So sind die saarländischen Verhältnisse ein Beweis dafür, wie alle die schönen Prinzipien, die der Völkerbund verkündet, in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Der Präsident der Saar-Regierung, der französische Staatsrat Rault, wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, nach fünfjähriger Mißwirtschaft nunmehr das Saargebiet verlassen. Die letzte Tat dieses Mannes, der autokratisch und absolutistisch im Mandatslande des Völkerbundes regierte und die Saarbevölkerung mit allen Gewaltmitteln zu französieren suchte, bildet ein Mahnruf an den Völkerbundsrat, doch ja die vertragswidrige französische Truppenbesetzung des Saargebietes auch nach seinem Scheiden aus dem Amte bestehen zu lassen. Die Gründe des Herrn Rault sind allzu bekannt: Die Möglichkeiten eines Ausbaues der Gendarmerie seien erschöpft. Das Saargebiet könne nicht die finanziellen Lasten tragen. Im Saarlande selbst seien auch nicht geeignete Anwärter zum Dienst in dieser Schutzpolizei vorhanden. Der wahre Grund leuchtet dann aber aus dem Bekenntnis des Herrn Rault klar heraus: eine Gendarmeriemannschaft, die in enger Fühlung mit der örtlich engbegrenzten Bevölkerung stehe, würde im Ernstfall nicht gegen die Bewohner des Saargebietes eingreifen. Man will eben auf jeden Fall eine fremde Truppe zur Verfügung haben, mit der man gegebenenfalls auch Zwecke durchführen kann, die im Gegensatz zum Willen der Gesamtbevölkerung stehen. Ueberall in der Welt besteht eine Gendarmerie eben aus Landeskindern. Wo das nicht der Fall ist, spricht man aber von Gewaltherrschaft. Wenn Ruhe und Ordnung, wie es das Saarstatut vorsieht, im Saargebiete aufrechterhalten werden sollen, so ist am besten dazu eine Schutzpolizei geeignet, die die Landessprache versteht und das Empfinden der Bevölkerung kennt. Die Aeußerung des Herrn Rault zeigt aber, warum eben den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht entsprochen werden soll.

Wie dieser landfremde französische Militarismus im Mandatslande des Völkerbunds wütet, darüber ist bereits der Saarbevölkerung von den Fraktionen der saarländischen Volksvertretung, dem Zentrum, der Demokratischen, der Volks-, und Sozialdemokratischen Partei in einer Denkschrift vom 6. August 1924 eingehend unterrichtet worden. Im einzelnen wird hier dargelegt, wie in bestialischer Weise zehn Saarländer völlig schuldlos von französischen Soldaten getötet wurden. Es war nicht einmal möglich, die Verurteilung dieser Verbrechen von französischen Militärpersonen durch die ordentlichen Gerichte zu erreichen, da Frankreich eine Sondergerichtsbarkeit im Völkerbundslande besitzt. Alle Entschädigungen für die Hinterbliebenen der grundlos ermordeten Familienväter wurden rundweg abgeschlagen oder in so geringem Maße gewährt, daß diese Familien in schwere Not geraten sind. Der Anspruch als solcher ist aber gerade von Frankreich anerkannt worden, was genug besagt. Der Völkerbund, dem das Saargebiet zu treuen Händen übergeben ist, hat nicht die einfachsten Menschenpflichten der ihm anvertrauten Saarbevölkerung gegenüber erfüllt und die Verantwortung für das Tun und Treiben der französischen Truppenmacht von sich gewiesen.

Trotzdem im Saargebiet aber auch jeder freiwillige Militärdienst verboten ist, werden unter den Augen des französischen Präsidenten der Saar-Regierung und des französischen Direktors der obersten Polizeiverwaltung im Saargebiet **dauernd Saarländer, vor allem Minderjährige, gegen den Willen ihrer Eltern zum Eintritt in die französische Fremdenlegion verführt und nach Afrika deportiert.** Diese Behauptung bei die Denkschrift des saarländischen Landesrates genau mit Namensangaben der entführten minderjährigen Personen belegt. Es wurde auch dargelegt, daß sich eine Werbebureau der französischen Fremdenlegion in Saarbrücken, Berthadstr. 42, befindet. Lediglich diese Angabe wurde von dem französischen Präsidenten der Saar-Regierung, in einem Schreiben an den Völkerbund zurückgewiesen. Es kann aber der Nachweis erbracht werden, daß tatsächlich die Werber in diesem Haus ihr Domizil aufgeschlagen hatten, auch dort Verschleppungen in die Wege geleitet worden sind. Unbestritten geblieben ist die Entführung von Saarländern. Am 10. Januar 1925 wurde von dem Völkerbundsrat nochmals in einer Denkschrift eine genaue Liste der saarländischen Personen übermittelt, die zur französischen Fremdenlegion nach Afrika verschleppt wurden.